



Geschlossene Verträge zum Betrieb von Europas größter Sondermülldeponie Ihlenberg ließen einer Privatfirma Millionengewinne und dem Land die Sanierungskosten.

Im heutigen Artikel des Nordkuriers wird über die Regierungszeit von Bernd Seite in Mecklenburg Vorpommern berichtet.

In seine Regierungszeit fällt auch der Rücktritt von der Umweltministerin Uhlmann in Zusammenhang mit den Verträgen der Deponie Ihlenberg/Schönberg.

Im Artikel heißt es dazu „Auch Umweltministerin Petra Uhlmann (CDU) musste 1993 gehen.

Von ihr geschlossene Verträge zum Betrieb von Europas größter Sondermülldeponie Ihlenberg ließen einer Privatfirma Millionengewinne und dem Land die Sanierungskosten.“

Wie wir alle erinnern, wurde den Schönbergern und Selmsdorfern immer zugesichert, der Deponiebetrieb würde 2005 enden. Vermutlich sind die erwähnten Verträge dafür verantwortlich, dass der Weiterbetrieb angeblich notwendig ist, um die Sanierungskosten (für die dürfte es nie reichen - gemeint sind vermutlich die Rekultivierungskosten) überhaupt einzufahren.

Die privaten Profiteure, die ja schon zu DDR Zeiten abkassiert haben, kommen wieder einmal ungeschoren davon. Getreu dem Motto: Gewinne privatisieren, Verluste/Nachsorge/Sanierung sozialisieren.

Wer sich einmal intensiv mit den Umweltschäden auseinander gesetzt hat, wird zum Schluss kommen müssen, dass die Deponie nach der Wende gar nicht weiter betrieben hätte werden dürfen...

So haben sich eigentlich alle Ministerpräsidenten mit „ihrer“ Deponie nicht mit Ruhm bekleckert....

Der Artikel des Nordkuriers